

## NACHHALTIGKEIT SCHAFFEN ZWISCHEN BRÜSSEL UND BEIJING

### DAS EU-CHINA NGO TWINNING PROGRAMM

Interview mit Nora Sausmikat und Inga Gebauer (Stiftung Asienhaus)

Seit Gründung des Jahrbuches Nonprofit-Management spielt das Thema „NPOs und Asien“ eine große Rolle. Auch in dieser Ausgabe befassen sich zwei Artikel mit Nonprofit-Management und Asien. Das China-Programm der Stiftung Asienhaus hat 2011 das EU-China-Twinning-Programm für NGOs geschaffen, gefördert von der Robert Bosch Stiftung. Seit 2015 wurde das Thema Klimawandel ausgelagert, gefördert von der Stiftung Mercator. In einem Interview mit Nora Sausmikat und Inga Gebauer gehen wir der Frage nach, was das Programm ist, wieso China ein Thema für europäische Nonprofit-Organisationen ist und warum man sich mit China befassen sollte, wenn man mehr nachhaltiges Wirtschaften im globalen Maßstab erreichen möchte.

*China ist doch nur was für ‚insider‘. Lohnt es sich für eine „ganz normale“ NGO aus Europa überhaupt, sich mit China zu befassen, oder ist das Thema nicht viel zu weit weg?*

Nora Sausmikat: Tja, ganz normale NGOs aus Europa – wer ist das? Also die Grundproblematik ist die: Die meisten NGOs, die sich mit Ländern des globalen Südens irgendwie austauschen, sind entwicklungspolitisch geprägte NGOs. China und entwicklungspolitische Kreise haben so gut wie keine Berührungspunkte bzw. eher Berührungspunkte. Das ist die eine Problematik: Wir versuchen, diesen NGOs China näherzubringen bzw. klarzumachen, dass die Problematiken, mit denen sie sich beschäftigen, ob es um Migrationspolitik oder um Wasseraufbereitung geht, auch in chinesischen NGOs eine Rolle spielen. Dann ist da der Faktor China und die Weltpolitik: Natürlich spielt China für viele NGOs, die sich mit Weltpolitik auseinandersetzen, mit den Themen Globalisierung, Freihandel oder Klimaschutz eine immer größere Rolle – leider oft eine negative. Das Feindbild China prägt eben doch noch oft die Wahrnehmung. Dass es aber in China Graswurzel-Organisationen gibt, die sich kritisch mit der Rolle Chinas auseinandersetzen, die z.B. die Investitionen chinesischer Banken überwachen und kommentieren, ist vielen gar nicht bewusst.

Was wir immer wieder erleben, und zwar sowohl von den „politischen NGOs“ als auch von den „Experten-NGOs“ (Wasserschutz/Klimaschutz), sowohl von denen, die politische Advocacy machen als auch von denen, die „Services“ anbieten – alle sind erstaunt, wie anders die chinesische Realität ist, als sie sich vorher gedacht haben. Viele sind begeistert von den neuen Perspektiven, mit denen sie nicht nur auf China, sondern auch auf ihre eigene Arbeit blicken.

*Was ist das EU-China Twinning-Projekt, wer hat es ins Leben gerufen und was ist das Ziel des Vorhabens?*

Nora Sausmikat: Das Programm geht auf eine Idee aus der Stiftung Asienhaus von 2005 zurück. Damals hatten Christian Göbel (heute Universität Wien) und Andreas Fulda (heute Universität Nottingham) die Idee, einen NRO-Praktikantenaustausch aufzubauen. Nachdem das Konzept mehrmals umgeschrieben wurde, konnte 2012 tatsächlich ein Geldgeber gefunden werden: die Robert Bosch Stiftung. Seither entwickelt sich das Programm prima. Man merkt, die Idee, das Konzept und die Umsetzung stimmen. In China erreichen wir ca. 100.000 Menschen, in Europa vielleicht 1-2.000 (basierend auf Klicks Weibo und Verteiler etc.)

Inga Gebauer: Kurz gesagt sieht das Programm nun so aus: Pro Jahr können sieben Organisationspaare, die jeweils zu gleichen Themen arbeiten, an dem Austausch teilnehmen. Die sieben chinesischen und sieben europäischen NGOs entsenden dann jeweils einen Mitarbeiter für eine mehrwöchige Hospitanz in die Partnerorganisation. Die Europäer gehen zwischen August und Oktober nach China, die Chinesen kommen zwischen Oktober und Dezember nach Europa. Das ganze wird flankiert von Vorbereitungs-, thematischen Capacity Building- und Erfahrungsaustausch-Seminaren. Idealerweise bewerben sich zwei NGOs zusammen. Wenn aber noch keine Kontakte in China, respektive Europa bestehen, spielen wir aber auch häufig „Partnervermittlung“.

Hauptziel ist es, stabile „Lernpartnerschaften“ zwischen den Organisationen aufzubauen, durch Kenntnis des jeweiligen Arbeitsumfelds, persönliche Kontakte, gemeinsame Projekte, aber natürlich auch Wissenstransfer und Mitarbeiter von NGOs beider Regionen zu befähigen, sich in internationale Debatten einzubringen. Und nicht zuletzt wollen wir das Bild der chinesischen Zivilgesellschaft hier in Europa ein bisschen differenzierter zeichnen und gleichzeitig europäischen NGOs Zugang zu diesem komplexen Land ermöglichen.

*An wen richtet sich Ihr Programm? Wer beteiligt sich bisher üblicherweise?*

Inga Gebauer: Grundsätzlich können sich alle Organisationen bewerben, die sich thematisch in dem Feld „soziale und Umweltgerechtigkeit“ bewegen (die Bezeichnung ist bewusst offen gewählt). Das Gros der Organisationen, die sich in den vergangenen vier Jahren beworben haben, arbeitet zu Umweltthemen: Kampagnen gegen Luftverschmutzung, Schutz der Meere, industrielle Umweltverschmutzung. Interessanterweise haben sich seit dem vergangenen Jahr viele Organisationen mit einem Abfallmanagement oder Zero Waste-Schwerpunkt für das Twinning beworben. Aber auch Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Lebensmittel sind Schwerpunktthemen.

Wir hatten und haben aber auch NGOs aus sozialen Themen wie Inklusion benachteiligter Gesellschaftsgruppen oder – ganz sensibel – NGOs, die sich für die Rechte von Häftlingen in Untersuchungshaft einsetzen, dabei. Interessant finde ich persönlich, dass da oftmals nicht nur thematische Expertise und Wissen über Methoden über den großen Teich schwappen, sondern auch gute Ideen und damit ganz viel Enthusiasmus: von dem Ansatz, ganz Estland innerhalb eines Tag von herumliegendem Müll zu befreien bis hin zur Integration von Kindern mit Autismus durch Theater.

Nora Sausmikát: Dass sich nun besonders Umweltschutzorganisationen oder Klimaschützer an diesem Programm beteiligen, hat mehrere Gründe: Zum einen spielt China eine sehr große Rolle, wenn es um Klimaschutz oder auch allgemein um Umweltschutz geht. China ist heute der größte CO<sub>2</sub>-Emittent. Der Rohstoffbedarf der boomenden chinesischen Industrie zerstört Naturlandschaften, die Biodiversität und Luft- und Wasserqualität. Auf der anderen Seite entfällt ein Großteil des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes auf Zulieferbetriebe oder Zweigstellen westlicher Firmen. Es liegt also nahe, sich in der einen oder anderen kritischen Weise mit China direkt oder unseren Firmen in China auseinanderzusetzen. In der Regel erhalten Klimaschutzorganisationen viel finanzielle Unterstützung sowohl vom Staat als auch von internationalen Geldgeberinstitutionen. Hier sind die Voraussetzungen also viel besser als bei Organisationen, die unter chronischer Geld- und Personalknappheit leiden.

Ein anderer großer Bereich, der unsere und die chinesischen Organisationen gleichermaßen beschäftigt, ist der Schutz von Arbeitsrecht und „würdiges Arbeiten“ (decent work). Dies ist aber ein Bereich, der weder von öffentlichen oder privaten Geldgebern unterstützt wird, noch politisch gewollt ist.

Ähnlich sieht es aus in den Themenfeldern Frauengleichberechtigung, Migration, Behindertenrechte oder HIV/AIDS.

*Wenn sich in China ein Konsumniveau wie in Europa einstellen sollte, wären die natürlichen Ressourcen der Erde schneller erschöpft. Wie wichtig ist das Thema Nachhaltigkeit für Ihr Programm?*

Inga Gebauer: Na ja, zum einen befassen sich natürlich viele Teilnehmerorganisationen und Projekte im engeren oder weiteren Sinne mit dem Thema Nachhaltigkeit: Umwelt- und Klimaschutz, die langfristige Sicherung gesunder Lebensmittel, Wasserversorgung und -verbrauch, der endgültige Ausstieg aus Investitionen in umweltschädliche Industrien, Eliminierung von Schadstoffen in Produkten, Chancengleichheit ...

Das liegt ja aber auch meist in der Natur dieser Arbeitsfelder. Die können einfach nicht isoliert betrachtet oder bearbeitet werden, weder thematisch noch lokal. Ein Beispiel: Wer nachhaltig gesunde Lebensmittel erreichen will, kann nicht nur darauf schauen, wie man konventionelle in Bio-Landwirtschaft ummodellt. Da muss man sich auch mit Umweltschutz, der Situation von Kleinbauern, Verbraucheraufklärung, Biodiversität, der Gen-Thematik auseinandersetzen. Und da die meisten Lebensmittel in globalen Wertschöpfungsketten hergestellt werden, die an irgendeinem Punkt auch immer China einbeziehen, müssen chinesische Agraraktivisten und NGOs in die Debatte einbezogen werden, wenn man sie realitätsnah führen will.

Den meisten Teilnehmerorganisationen ist diese Komplexität von Nachhaltigkeit natürlich bewusst. Der Austausch führt aber immer wieder zu einer ganzen Flut von Erkenntnissen über Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen China und Europa, die man sich mal näher anschauen sollte, wenn man auf Nachhaltigkeit hinarbeitet. Und bei den Seminaren kommen ja auch Menschen ins Gespräch, die zu augenscheinlich ganz unterschiedlichen Themen arbeiten und dann auf einmal doch Überschneidungen und Zusammenhänge sehen.

Nora Sausmikat: Genau so ist es. Ich kann nur unterstreichen, was Frau Gebauer dargestellt hat. Nachhaltigkeit ist die Klammer, die die unterschiedlichen Themen zusammenbindet. Im Umweltbereich ist das ziemlich klar, auch für die Themenpalette, die Frau Gebauer gerade aufgezählt hat. Nachhaltigkeit spielt aber natürlich auch eine Rolle, wenn wir von sozialer Gerechtigkeit (Stichwort Wanderarbeiter und ihre Familien) oder die Rechte diskriminierter Bevölkerungsgruppen sprechen. Auch hier gibt es Gruppen, die sich dafür einsetzen,

dass eine stabile und gerechte Gesellschaft entsteht, ohne die es keine Nachhaltigkeit geben kann.

*Wie wird nach ihrer Wahrnehmung das Thema Nachhaltigkeit in China gesehen? Von der Wirtschaft, der Regierung und der Zivilgesellschaft?*

Inga Gebauer: Das ist ein komplexes Thema ... Grundsätzlich kann man mit Sicherheit sagen, dass Chinas Probleme, die das nicht-nachhaltige Wirtschaften mit sich zieht, vor allem durch industrielle Prozesse und eher weniger durch privates Konsumverhalten verursacht worden sind. Aber: Die Industrie sorgt für Wirtschaftswachstum und das ist nach wie vor politische Priorität. Das ist insofern einigermaßen verständlich, als dass in China immer noch etwa 36 Millionen Menschen unter der absoluten Armutsgrenze leben, die man eben versucht, mit Hilfe von ökonomischer Entwicklung aus der Armut zu holen. Auf der anderen Seite bekommen Menschen in China Umweltprobleme und Klimawandel wortwörtlich am eigenen Leib zu spüren: Man schaue sich allein den Zustand der Umwelt mal an: unerträglicher Smog in den Großstädten, 60 % der Grundwasservorkommen nicht trinkbar, ein Fünftel des Ackerlands hochgradig schwermetallverseucht, hunderte „Krebsdörfer“. Aufgrund von Dürren wird in manchen Städten einfach mal tagelang das Wasser abgestellt. Seit es möglich ist, über das Internet das ganze Land auf lokale Umweltschäden hinzuweisen, wachsen auch die Proteste dagegen. Das sorgt für sozialen Druck quasi „von innen“.

Die Regierung hat das natürlich auf dem Schirm. Mittlerweile ist in China das weltweit strengste Umweltschutzgesetz erlassen worden. Auch die lokale Politik wird bei der Einhaltung von Standards stärker zur Verantwortung gezogen. Außerdem sieht die Politik, dass sich mit der Entwicklung von zum Beispiel Clean Technologies auch die Wirtschaft ankurbeln lässt. Aber es sind eben der Protest im Inland und die Profitaussichten, die das Thema Nachhaltigkeit auf die Agenda bringen, eher nicht der Ansatz, dass der ganze Planet für zukünftige Generationen erhalten bleiben soll oder eine „Große Transformation“. Leider sieht es so aus, als würden staatlich geförderte „nachhaltige“ Projekte in China derzeit eher Symptombekämpfung betreiben, und zwar ohne dass man sich umfassend Gedanken über alle Verflechtungen bei solchen Projekten macht. Da werden „Green Cities“ mit den neuesten low-carbon-Technologien geplant und gebaut, dafür aber tausende Bauern enteignet und umgesiedelt. Und dann scheitert letztlich doch das ganze Projekt, weil es Korruption bei der staatlichen Bau-firma gab, oder einfach überhaupt komplett an den finanziellen Möglichkeiten oder Bedürfnissen potenzieller Bewohner vorbei geplant wurde. Die Kurzsich-

tigkeit in Hinblick auf all die komplizierten Verflechtungen im chinesischen System machen aber auch internationale Firmen, die in China nachhaltige Projekte durchführen sollen.

Aber auch in der Gesellschaft gibt es meist wenig Weitblick und es hat sich eine so genannte „not-in-my-backyard“-Einstellung breit gemacht. Da wird dann hauptsächlich für die Beseitigung von Umweltschäden protestiert, aber Ideen, wie man das Ganze nachhaltiger gestalten könnte, kommen kaum. Interessant ist da auch, dass sich chinesische Bürger vorrangig mit Problemen in Themenfeldern befassen, die für sie unmittelbar greifbar sind: zum Beispiel Gesundheit und eben lokale Umwelt und eher nicht Emissionsvermeidung und Energiesparen. Auf der anderen Seite: Die „not-in-my-backyard“-Haltung gibt es in Europa ja durchaus auch.

Eine der Hauptaufgaben von zivilgesellschaftlichen Organisationen in China wird künftig sicher sein, Aufklärungsarbeit über Zusammenhänge und Möglichkeiten in Sachen Nachhaltigkeit zu leisten. Umso wichtiger ist der Austausch mit NGOs aus anderen Ländern.

*Können Sie ein konkretes Beispiel für die Zusammenarbeit im Bereich sustainability vorstellen?*

Nora Sausmikat: Ein gutes Beispiel ist vielleicht die Zusammenarbeit von europäischen und chinesischen NGOs im Bereich Bank Watching und nachhaltige Investitionen. Im Jahre 2013 nahmen die holländische NGO BothEnds und die chinesische NGO Green Watershed an unserem Programm teil. In Deutschland und Europa gibt es einige NGOs, die sich kritisch mit Entwicklungsbanken wie der KfW auseinandersetzen, deren Klima- und Umweltfinanzierung zu Lasten der Umwelt und der Menschenrechte gehen. Die Überprüfung der Finanzierungsgeschäfte chinesischer Banken ist erst seit dem chinesischen Gesetz zu „Green Credit Policy“ aus dem Jahre 2008 ein Thema. Seither gibt es ein paar wenige chinesische NGOs, die aufmerksam die Wirkung dieses Gesetzes beobachteten. Green Watershed war von der ersten Stunde an dabei. Unser NGO-Pärchen hat dann im Jahre 2013 und 2014 weitere Recherchen zu Investitionen chinesischer Banken durchgeführt und hat dem europäischen Netzwerk von NGOs zu Bankenüberprüfung EuroIFI Watchnet Network Annual Meeting (European International Financial Institution Watchers) erstmals die rechtlichen Rahmenbedingungen für chinesische Auslandsinvestitionen nahegebracht. Beide haben auch auf der Jahrestagung der Weltbank in Washington ein Papier präsentiert, in dem sie davor warnten, im Wettlauf der Bankeninvestitionen

Umwelt- und Sozialstandards nach unten hin zu korrigieren. Beide NGOs hoben die Notwendigkeit hervor, mehr Schutz und Vorschriften auf der Grundlage konkreter verbindlicher Regeln zu schaffen. Im Jahr 2014 nahmen die tschechische NGO CEE Bankwatch und die chinesische Organisation Global Environmental Institut am Twinning Programm teil und führten das Thema fort. Bankwatch arbeitet schon lange zu chinesischen Investitionen vor allem in Osteuropa und hat ein Toolkit, eine Art Werkzeugkasten für Bürger entwickelt, um sich gegen umweltschädliche und sozial unverträgliche Investitionen zur Wehr zu setzen. Natürlich wäre es eigentlich Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, dass ihre eigenen Gesetze auch eingehalten werden. Darauf können sich die betroffenen Bürger aber im Zweifelsfall nicht verlassen. Insofern führt diese Art der Zusammenarbeit, die wir unterstützen und fördern, dazu, dass über die große Entfernung zwischen Europa und China hinweg eine effektive Kontrolle und Überwachung stattfindet, die dem Planeten und den Menschen das Überleben sichern soll. Gerade im Bereich des Auslandsinvestments ist die Geheimhaltung von Informationen so ausgeprägt, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

*Das Programm setzt stark auf einen Austausch von Mitarbeitern europäischer und chinesischer NGOs. Warum ist dies aus Ihrer Sicht der wichtigste Ansatzpunkt?*

Inga Gebauer: Mitarbeiter deshalb, weil sie eben in der Partnerorganisation mitarbeiten, nicht im Sinne von entlohnter Arbeit, sondern dadurch, dass sie den normalen Arbeitsalltag, das Arbeitsumfeld, Arbeitsmethoden und auch Möglichkeiten und Einschränkungen in der jeweils anderen Region hautnah mitbekommen, und das über einen längeren Zeitraum. So können sich persönliche Kontakte knüpfen, die gerade im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit China enorm wichtig sind. Wir achten auch darauf, dass die Teilnehmerorganisationen keine Ehrenamtler oder Praktikanten entsenden, denn wenn die die Organisation verlassen, ist auch der Wissenstransfer und das Kontaktnetzwerk futsch.

Meist erwarten die chinesischen Teilnehmer vor dem Austausch, dass sie die Expertise alteingesessener europäischer Zivilgesellschaftsorganisationen vermittelt bekommen – Stichwort Capacity Building – und tatsächlich ist die Professionalisierung chinesischer NRO auch ein erklärtes Ziel des Austausches. Den europäischen Organisationen sollen angesichts der wachsenden globalen Bedeutung Chinas vor allem Informationen über Entwicklungen in der chinesischen Gesellschaft und Zivilgesellschaft vermittelt werden. Unsere Erfahrung hat aber gezeigt, dass das vielfach auch andersherum läuft. Ich werde nie die

Szene vergessen, wie eine chinesische Teilnehmerin einem Referenten auf einem unserer Workshops die neuesten Entwicklungen im europäischen Petitionssystem erklärte.

Warum Europa und China? Naja, China ist der zweitgrößte Handelspartner der EU, Europa ist Chinas wichtigster Handelspartner. Auch politisch und kulturell werden die Verbindungen immer enger. Die Zivilgesellschaft ist da immer noch im Hintertreffen. Dabei beschwert sich zum Beispiel ganz Europa, dass China in verschuldeten Staaten alles „aufkauft“. Problematisch an der Sache ist vorrangig, dass chinesische Investoren vielfach in umweltschädliche Industrie-, Energie- oder Infrastrukturprojekte investieren. Und da braucht es die Zusammenarbeit europäischer NGOs, die sich gegen diese Investitionen einsetzen, und chinesischer NGOs, die sich mit den Umweltauflagen für chinesische Investitionsbanken auskennen.

*Was passiert üblicherweise in diesen Workshops und welchen konkreten Nutzen haben die Partner davon?*

Inga Gebauer: In den Workshops werden die Teilnehmer über zivilgesellschaftliche Themen der jeweils anderen Region informiert. In China hatten wir im vergangenen Jahr zum Beispiel Vorträge über die Entwicklung der Zivilgesellschaft und ihre Möglichkeiten, zu Kampagnen gegen häusliche Gewalt, ein Online-Projekt bei dem landesweit Menschen Fotos oder Berichte von Umweltschäden posten und die Verursacher verklagen können, und über die Rolle chinesischer NGOs bei den Klimaverhandlungen. Bei dem Workshop in Europa präsentieren wir auch konkrete Kampagnen, zum Beispiel im Agrar- oder Luftreinhaltungsbereich und klären über Methoden und Möglichkeiten der NGO-Lobbyarbeit auf EU-Ebene auf. Mindestens genauso wichtig ist aber das Netzwerken auf diesen Veranstaltungen. Da kommen dann schonmal gemeinsame Projekte von Organisationen aus ganz unterschiedlichen Bereichen zustande. Immer dabei sind übrigens auch die Alumni der vergangenen Jahre. So entsteht langfristig ein sino-europäisches NGO-Netzwerk.

*Das Programm existiert nun im dritten Jahr. Auf welche Erfolge sind Sie besonders stolz?*

Nora Sausmikat: Ganz besonders stolz bin ich darauf, dass wir uns von einem vornehmlich deutsch-chinesischen Programm zu einem wirklich europäischen Programm mit Bewerbungen von Estland bis Belarus, London bis Paris entwickelt haben. Das zeigt, dass wir in drei Jahren ein Bewusstsein für die Sinnhaftig- und Notwendigkeit geschaffen haben, sich mit chinesischen NGO-

KollegInnen auszutauschen und zu kooperieren. In der ersten Pilotphase gab es nur drei Bewerbungen aus zwei Ländern und heute sind es fast 60 aus elf Ländern.

Inga Gebauer: Insgesamt auf die Begeisterung der Teilnehmer, die sie in ihrem Feedback deutlich machen. Wir sind mit allen bisherigen Teilnehmern noch im Kontakt. Sie informieren uns regelmäßig über den Fortgang der gemeinsamen Projekte. Das heißt ja auch, dass die durch den Austausch geknüpften Verbindungen langfristig bestehen bleiben. Manche Alumni-NGOs bewerben sich übrigens wiederholt, dann mit Partnerorganisationen, die sie während ihres Austausches kennengelernt haben. Stolz sind wir auch auf die guten Ergebnisse unserer „Vermittlungsarbeit“ während der Bewerbungsphase. Zum Teil ist über die Hälfte der gemeinsamen Bewerbungen nur zustande gekommen, weil wir passende Partner vermittelt haben. Da ist es dann immer wieder erstaunlich, in welcher kurzen Zeit spannende Projektideen und hervorragende Bewerbungen entworfen werden.

*Von der Nachhaltigkeit als Thema zu der Nachhaltigkeit Ihres Programmes: Wie langfristig kann das wirken, was Sie heute aufbauen?*

Inga Gebauer: Nachhaltig ist das Twinning außerdem, weil wir mit einem Alumni-Netzwerk eine Plattform schaffen, auf der sich die europäischen und chinesischen NRO auch über den konkreten Austausch hinaus vernetzen können. Bis auf wenige Ausnahmen bestehen die NGO-Partnerschaften weiter. Es werden gemeinsame Projekte geplant oder zumindest halten sie eine intensive Kommunikation aufrecht. Freundlicherweise hat sich die Robert Bosch Stiftung auch bereit erklärt, die Finanzierung von kleineren Follow up-Projekten zu übernehmen. Das hat zum Beispiel gemeinsame Publikationen oder ein erneuter gegenseitiger Besuch zur Organisation von Projekten ermöglicht.

*Gegenseitiges Lernen ist ein Hauptthema des Austauschs. Wir behaupten mal: Im Bereich Nachhaltigkeit haben die Europäer die Nase vorn. Was kann denn eine europäische NGO von chinesischen Partnern lernen?*

Inga Gebauer: Ich finde immer wieder den Enthusiasmus der Mitarbeiter chinesischer NGOs bewundernswert und wie sie trotz des Drucks von staatlicher Seite nachhaltig an teils hochsensiblen Themen weiterarbeiten. Und das Interesse an der internationalen Vernetzung, die ja wie erwähnt ausschlaggebend für nachhaltige Beschäftigung mit globalen Themen ist, gestaltet sich auf chinesischer Seite bedeutend größer als in Europa.

Auch der Umgang mit Online-Kampagnen ist in China viel innovativer und stärker verbreitet als hier. Die twittern den ganzen Tag in interessierten Communities, und zwar neben ihrer eigentlichen Arbeit. In Sachen Umweltschutz und öffentliche Beteiligung gibt es auch interessante Projekte, zum Beispiel digitale Karten zur Luft- oder Wasserverschmutzung. Die Daten können von jedem, der einen Computer oder ein Smartphone hat, hochgeladen werden. In Chongqing gibt es noch ein interessantes Web-Projekt: Da können landesweit betroffene Bürger Fotos, Videos und Berichte von Umweltschäden hochladen. Das wird dann von Experten untersucht und es werden Klagen gegen die Fabrik, die das verursacht, eingereicht. Den Fortgang des Prozesses kann man dann auf der gleichen Seite verfolgen.

*„China ist doch nur ein Thema für die Wirtschaft“ hört man oft. Warum ist es auch ein Thema für die Zivilgesellschaft?*

Nora Sausmikat: Das haben wir schon auf unserem Programm-Flyer auf den Punkt gebracht. Ich darf zitieren: Wie die europäisch-chinesischen Beziehungen gestaltet werden, wird mit über die Zukunft unserer Erde entscheiden. Diese Fragen sind zu wichtig, um sie allein den Politikern und Wirtschaftsbossen zu überlassen. Gefragt ist die Zivilgesellschaft. Ich finde, das sagt alles aus.

*„In China gibt es gar keine Zivilgesellschaft, alles ist staatlich gelenkt.“ Eine zweite Aussage, die man oft zu hören bekommt. Wie weit hat sich eine chinesische Zivilgesellschaft nach unserem Verständnis denn schon entwickelt?*

Nora Sausmikat: Tja, dazu kann man natürlich lange Vorträge halten und dicke Bücher schreiben – Wir haben dazu auch viel veröffentlicht und halten Vorträge dazu. Dieser Begriff an sich ist problematisch: Er hat eine lange Traditionen und wird in äußerst unterschiedlichen politischen Kulturen äußerst unterschiedlich gebraucht und definiert. Es gibt auch kein eindeutiges „westliches Verständnis“ von Zivilgesellschaft, es gibt die britische, kontinentaleuropäische und US-amerikanische Variante. Das spezifisch deutsche Verständnis wurzelt in demokratietheoretischen Konzepten und ist stark geprägt durch die neuen sozialen Bewegungen mit Beginn der 1970er Jahre. Normative Theorien berufen sich auf Habermas‘ „Bürgerliche Gesellschaft“ und „partizipative Demokratie“, deren Grundlage öffentliche Meinungsäußerung, der mündige und in seinen Rechten geschützte Bürger sind. Im britischen Kulturraum ist der Zivilgesellschaftsbegriff viel stärker durch karitative Traditionen geprägt. Die chinesische Form der Zivilgesellschaft wird sowohl unter Chinawissenschaftlern als auch innerhalb Chinas seit vielen Jahren diskutiert. Dabei ist es wichtig, sich die gro-

ßen Transformationsprozesse, die China seit 20 Jahren durchläuft, vor Augen zu halten. Das Verständnis, welche Rechte chinesische Bürger genießen, welches „Bürgerverständnis“ – also citizenship sich entwickelt und auch wieviel „Öffentlichkeit“ der Staat zulässt oder sich das Volk erkämpft, haben sich in den letzten zehn bis 15 Jahren massiv verändert. Die ausdifferenzierte Gesellschaft hat sehr unterschiedliche Interessengruppen hervorgebracht, die Staat und Gesellschaft prägen. Man kann diesen Prozess vielleicht durch eine Wellenbewegung beschreiben: Der Staat erlässt ein Gesetz zur Pflicht von Umweltverträglichkeitsprüfungen für Unternehmen. In diesem Prüfungsprozess müssen laut Gesetz die Bürger einbezogen werden. Hier geht der Staat also auf die Bürger zu. Genauso mit dem Gesetz zur Herausgabe von Informationen – Information Disclosure Law von 2007, welches den Bürgern das Recht gibt, Daten und Informationen zu politischen und wirtschaftlichen Vorgängen zu erfragen. Oder auch das neue Umweltgesetz von 2015, welches NGOs Klagemöglichkeiten einräumt.

Die Rückzugswelle kommt aber meist auf dem Fuße: Kurz nach dem Erlass des Gesetzes zur Umweltverträglichkeitsprüfung wurde zwar eine Kaskade von Staudämmen gestoppt, aber nur auf Eis gelegt. Umweltschützer wie Wu Lihong wurden zum Umwelthelden erklärt, weil sie die Verschmutzung des Taihu Sees durch Chemiefabriken nachwiesen, 2007 aber verhaftet.

Diese Wellenbewegung beschreibt die Uneinigkeit, wie viel Partizipation und Artikulation die unterschiedlichen politischen Kräfte zulassen wollen.

Ein genuin chinesisches Verständnis von Zivilgesellschaft wird zur Zeit heftig diskutiert und wir können damit rechnen, dass China der Welt in den nächsten Monaten, spätestens nächstes Jahr ein „genuin chinesisches Verständnis“ präsentieren wird. Seit der UN-Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995 basteln der Staat und die Wissenschaftler an diesem Begriff. Es werden verschiedene Regulierungen und Gesetze entworfen, der massive Zustrom von ausländischem Kapital versucht zu kontrollieren und Korruption zu stoppen, es werden chinesische Stiftungen gegründet, um die Abhängigkeit chinesischer NGOs von ausländischen Geldern zu stoppen.

Seit dem Machtantritt von Xi Jinping hat sich die Atmosphäre grundlegend geändert: Massiv wird betont, dass NGOs im chinesischen Verständnis Partner des Staates in der Schaffung eines sozialen Wohlfahrtsstaates und der Durchsetzung von effizientem Umweltschutz und Nachhaltigkeit sind. NGOs, die Bürgerrechte einfordern oder im Bereich Antidiskriminierung oder Arbeitsrecht

arbeiten, hatten es seit jeher schwerer als Umweltschutzorganisationen. Fortan aber wird die Situation noch schwerer.

Das neue Gesetz zum Umgang mit ausländischen NGOs in China mit dem unschuldigen Namen „Foreign Non-Governmental Organizations Management Law“ (NGOs) zeigt deutlich, dass man sich von einem westlichen Begriff von Zivilgesellschaft absetzen möchte und vor allem die Kontrolle über diesen dynamisch sich entwickelnden Bereich wiedergewinnen möchte. Entwickelt wurde es von der Arbeitsgruppe zu nationaler Sicherheit und Terrorismusbekämpfung. Zeitweise war der Begriff „Zivilgesellschaft“ innerhalb der KP verteufelt – so in dem bekannten Dokument Nr. 9, welches ungewollt 2014 an die Öffentlichkeit gelangte.

Einerseits sucht der Staat also oder einzelne Ministerien in den NGOs Partner bei der Implementierung von Gesetzen. Andererseits versucht der Staat, mit Regulierungen und Korruptionskontrolle nicht die Kontrolle zu verlieren und unliebsame Initiativen in die Schranken zu weisen. Diesem Zivilgesellschaftsverständnis liegt eine patriarchale, patriotische und autoritäre Kultur zugrunde, die mit einem deliberative Demokratieverständnis noch unvereinbar ist. Dennoch wünscht sich der chinesische Staat professionelle NGOs, die auf dem internationalen Parkett mitreden können.

*Wie steht denn der chinesische Staat dem Vorhaben gegenüber?*

Nora Sausmikat: Wir arbeiten seit vielen Jahren mit chinesischen Partnern zusammen und halten uns an die chinesischen Gesetze. Bisher hatten wir noch keine Probleme.

*Warum ist hierzulande Ihrer Meinung nach so wenig über die sich doch recht dynamisch entwickelnde Zivilgesellschaft in China bekannt?*

Nora Sausmikat: Tja, das ist eine gute Frage. Wir bemühen uns tatsächlich, dies zu ändern. Ein Problem ist sicher der Begriff – denn das, was wir im Augenblick mitbekommen, Verhaftungen und Schließung von NGOs, verbindet man nicht mit dem Begriff. Dennoch hat sich ja tatsächlich eine dynamische Bürgergesellschaft entwickelt, das ist nicht von der Hand zu weisen. Mittlerweile ist das Thema auch in den Universitäten und Think Tanks angekommen. Wenn ich daran denke: Vor zehn Jahren wollte niemand mit diesem Thema etwas zu tun haben, heute werden immer mehr Forschungsgelder in diesem Bereich ausgegeben. Das ist gut so und vielleicht ändert sich das von Ihnen beschriebene Problem bald.

*Abschließend noch eine Botschaft an diejenigen, die sich bisher nicht mit China beschäftigen: Welche NGOs sollten darüber nachdenken, sich bei Ihnen zu bewerben?*

Nora Sausmikat: Im Prinzip kann es kaum besser werden. Wir bekommen Bewerbungen aus zehn verschiedenen europäischen Ländern. Mittlerweile scheint das Thema China doch auch in der NGO-Welt angekommen zu sein. Wir lassen uns überraschen, was die kommenden Jahre bringen.

Das Interview führte Rainer Lisowski.